



Fehler liegt im System des Verfassungsschutzes

Zwischenbericht des NSU-Untersuchungsausschusses - Sondervotum der LINKEN

Für großes Medieninteresse hatte die Pressekonferenz des NSU-Untersuchungsausschusses am 11. März im Thüringer Landtag zur Vorstellung seines Zwischenberichts, der zuvor an Landtagspräsidentin Birgit Diezel übergeben worden war, gesorgt.

Das 553 Seiten umfassende Dokument mit dem vorläufigen Resümee aus 31 Sitzungen des Untersuchungsausschusses, der bisher 55 Zeugen vernommen hat und dem von der Landesregierung bis dato etwa 5.000 Akten übergeben wurden, befasst sich mit der Zeit bis zum Untertauchen des NSU, also „der Zeit der ungeteilten Verantwortung Thüringens“, wie die Ausschussvorsitzende Dorothea Marx (SPD) betonte und zusammenfasste: „Die Gefahren wurden nicht gesehen und verharmlost.“

Die beiden Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss, Martina Renner (stellvertretende Ausschussvorsitzende) und Katharina König, legten ein Sondervotum vor. Abweichungen zu den Einschätzungen im Zwischenbericht gebe es besonders in der Bewertung der gesellschaftlichen Situation und des behördlichen Handelns in den 90er Jahren in Thüringen. Martina Renner hob auf der Pressekonferenz die in der Gesellschaft verbreiteten rassistischen Ressentiments im Kontext von Asyldebatte, Extremismustheorie und Diskreditierung von Engagement gegen Rechts hervor.

Dabei führte „die Rechts-Links-Gleichsetzung zur Verharmlosung der neonazistischen Gefahren – man hat bewusst den Blick nach Rechts verstellt und den Blick nach Links geschärft“, sagte die LINKE Politikerin.

Sie betonte, dass „der Fehler im System Verfassungsschutz“ liege. Gera-

Im Vorfeld der Pressekonferenz hatten Martina Renner und Katharina König zugleich unterstrichen: „Der Zwischenbericht kommt in vielen Punkten zu richtigen und nicht zu beanstandenden Ergebnissen und Wertungen, denen wir uns vorbehaltlos anschließen können. Dennoch ist es uns wichtig,



de Spitzel des Inlandsgeheimdienstes halfen dabei, dass sich die Neonazi-Szene festigen und vernetzen konnte. Spitzel waren nicht selten Neonazis, die Radikalisierungsprozesse beförderten, als führende Persönlichkeiten in Neonazi-Strukturen agierten und die zudem noch durch Steuergelder alimentiert wurden.

Martina Renner sagte mit Blick auf die weitere Arbeit des Untersuchungsausschusses: „Wir drängen darauf, dass Zeugen öffentlich vernommen und uns die Akten vollständig und ungeschwärtzt vorgelegt werden.“

dort, wo abweichende Auffassungen bestehen, diese auch transparent dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzulegen.

So kommen die beiden Abgeordneten auch „zu einer deutlicheren Bewertung der Auflösung der SoKo Rex und der Einstellung des so genannten Strukturermittlungsverfahrens gegen den THS, die auch aus damaliger Sicht ein erhebliches Versagen der Ermittlungsbehörden darstellt, die zudem bei der rechtlichen Beurteilung damals aktueller höchstrichterlicher Rechtsprechung widersprach.“

KOMMENTIERT:

von Matthias Bärwolff

Das ist nicht gerecht

Zweifellos haben wir einige Probleme in der Familienpolitik. Die 200 Milliarden Euro, die jährlich in der Bundesrepublik für die Familien ausgegeben werden, kommen ja zum größten Teil über die Steuererklärung von den Finanzämtern. Darin liegt doch schon eine der großen Ungerechtigkeiten, dass die Kinder von Eltern, die mehr verdienen, mehr bekommen und die Kinder von Eltern, die weniger oder gar nichts verdienen, die bekommen eben auch gar nichts.

Eine solche Familienpolitik ist nicht gerecht und kann auch nicht gerecht sein. Normalverdiener bekommen Kindergeld, wer eine Steuererklärung macht und Kinderfreibeträge in Rechnung stellt, bekommt meist wesentlich mehr. Wer im Niedriglohnbereich arbeitet, aufstocken muss und Hartz-IV-Leistungen erhält, bekommt nicht mal das Kindergeld. Das ist der Punkt, wo jedoch die Ungerechtigkeit sehr, sehr deutlich zutage tritt, denn die Kinder können doch nichts dafür. Aber wir als Gesellschaft vermitteln den Kindern permanent den Eindruck, dass uns einige mehr wert sind und andere weniger. Und dann versuchen wir, das über eine Sozialpolitik wieder zu korrigieren, indem wir Kinderarmut bekämpfen und indem wir Programme auflagen wie „Titian“ und andere Dinge, die alle gut und richtig sind.

Aber das Kernproblem, das ist in der Tat auf Bundesebene. Die Familienpolitik in Deutschland ist sozial ungerecht. Beispielsweise die Frage Elterngeld: Elterngeld bekommen nur diejenigen, die ordentlich verdienen. Diejenigen, die kein Geld bekommen, die nicht arbeiten, die bekommen auch kein Elterngeld. Das Gleiche beim Kindergeld. Das Gleiche auch beim Betreuungsgeld. Die Sozialverbände, beispielsweise der Paritätische Wohlfahrtsverband, haben schon vor Jahren Konzepte erstellt zum Thema Kindergrundsicherung. Diese Modelle, diese Ansätze sprechen doch für mehr soziale Gerechtigkeit. Das restliche Geld von diesen 200 Milliarden Euro, was nicht für die Kindergrundsicherung aufgewendet werden soll, das muss natürlich in institutionelle Bildungseinrichtungen gehen, in den Ausbau der Kindergartenstruktur, in den Ausbau der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, sodass diese Angebote eben auch für alle vorhanden sind.

Aus der Rede des Abgeordneten im Landtag am 14.2.2013

AKTUELL

Fukushima mahnt zur Energiewende

Am Montag, den 11. März, hatte sich die Reaktorkatastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima zum zweiten Mal geäußert. Im Vorfeld hatte dazu der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, erklärt:

„An diesem Tag gedenken wir der Opfer der Atomkatastrophe. Wir appellieren, es nicht zum nächsten Super-GAU kommen zu lassen und den Ausbau regenerativer Energien entschieden voranzutreiben anstatt auszubremsen.“

Angesichts der unzähligen Pannen, der Unfälle und Super-GAUs in Atomkraftwerken auf der ganzen Welt und der hochgefährlichen Hinterlassenschaften der Kernenergie müsse die Energiewende konse-

quenter vorangebracht werden. „Die Energieversorgung der Zukunft muss dezentral, regenerativ und sozial gestaltet sein“, unterstrich Bodo Ramelow. Energie sollte dort verteilt und verbraucht werden, wo sie entsteht. „Thüringen kann wichtiger Vorreiter und Beispiel gebend für diesen Systemwechsel sein.“

Bisher war Thüringen ein Energieimportland, d.h. Energie wurde größtenteils aus anderen Ländern eingekauft. „Durch die Kommunalisierung der Stromnetze sind wir auf einem guten Weg, langfristig die komplette Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien anlegen zu können. Das schafft Arbeitsplätze, stärkt regionale Wertschöpfung und durchbricht die schädliche Allmacht und unsoziale

Preistreiberei der Energiekonzerne“, betonte der LINKE-Politiker. Bodo Ramelow appellierte an die Thüringer Landesregierung, endlich einen klugen Masterplan für die Energiewende auf den Weg zu bringen und öffentlich zu diskutieren.

Dabei müssten alle Segmente, von der Energieerzeugung, über die Verteilung bis hin zum Verbrauch, zusammengefasst betrachtet werden. „Jetzt beginnt die eigentliche Kärnnerarbeit, in deren Mittelpunkt immer der Nachhaltigkeitgedanke stehen muss“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Er verwies auf das Konzept der LINKEN mit dem Titel „Energiewende statt grüner Kapitalismus“, das eine Diskussionsgrundlage für ein Thüringer Gesamtkonzept sein könne.